Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

Mitteilung für die Presse

Zum Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der SPD erklärt der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende HANS-JOCHEN VOGEL:

Die Programmkommission, die vom Nürnberger Parteitag 1986 eingesetzt und vom Münsteraner Parteitag 1988 bestätigt worden ist, hat gestern ihre Arbeit am Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms - vorbehaltlich einer abschließenden redaktionellen Lesung - beendet. Ebenso wie der vorausgegangene Irseer Entwurf hält der jetzige Entwurf an wesentlichen Grundentscheidungen des Godesberger Programms von 1959 fest. Dazu zählen

- das Verständnis des demokratischen Sozialismus als eine dauerhafte Aufgabe, deren Erfüllung einen kontinuierlichen Reformprozeß verlangt, der zwar Wegmarken und Zielpunkte kennt, aber keinen ein für allemal anzustrebenden Endzustand,
- die Orientierung an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität sowie der Pluralität ihrer Begründungen,
- die Bejahung des demokratischen Rechts- und Sozialstaats und der Landesverteidigung,
- die Bejahung von Markt und Wettbewerb innerhalb eines vom Staat gesetzten Rahmens,
- die Neubestimmung des Verhältnisses zu den Kirchen und das Selbstverständnis als freiheitliche linke Volkspartei.

Die Programmkommission ist bei ihrer Arbeit davon ausgegangen, daß seit 1959 wesentliche Veränderungen der Wirklichkeit eingetreten sind und sich seitdem auch unsere Einsichten in wichtigen Punkten verändert haben. Von den Veränderungen erscheinen die nachstehenden als besonders gravierend:

- Die substantielle und in diesem Ausmaß bislang unvorstellbare Gefährdung des Planeten insgesamt und der menschlichen Gattung als solcher,
- die Ambivalenz der technischen Entwicklung und des wirtschaftlichen Wachstums,
- die Vertiefung des Nord-Süd-Gefälles,
- die Wandlungen in der Sowjetunion und im Weltkommunismus,
- das Fortschreiten der europäischen Einigung,
- die Veränderung der Bevölkerungsstruktur,
- die Produktivitätssteigerung sowie die regionalen und sektoralen Strukturveränderungen und die starke Individualisierung der Lebensplanung und der Lebensgestaltung.

Nicht zuletzt als Ergebnis von schwierigen Lernprozessen haben sich unsere Einsichten und Erkenntnisse in den letzten 30 Jahren unter anderem gewandelt hinsichtlich der Bedeutung

- des Rüstungswettlaufs,
- der Nutzung der Atomkraft,
- der Möglichkeit und der Wünschbarkeit eines unkontrollierten technischen Entwicklungsprozesses und eines unbegrenzten ökonomischen Wachstums,
- der Wirksamkeit nationaler Steuerungsinstrumente,
- des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur und
- der Dringlichkeit der Gleichstellung der Geschlechter.

Im Einklang damit artikuliert der neue Entwurf in Fortentwicklung des Godesberger Programms und in Anknüpfung an den Irseer Entwurf folgende Hauptbotschaften:

Erstens: Wesentliche Aufgaben sind zu Menschheitsaufgaben geworden, die nur noch im globalen Maßstab gelöst werden können. Das gilt unter anderem für

- die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bannung der drohenden Klimakatastrophe,
- die Beendigung des weltweiten atomaren und konventionellen Rüstungswettlaufs, den Übergang zur strukturellen Angriffsunfähigkeit der bewaffneten Streitkräfte und zur gewaltlosen Schlichtung von Konflikten sowie
- die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, die einen dauerhaften Interessenausgleich zwischen den Ländern der nördlichen und der südlichen Hemisphäre ermöglicht.

Dazu bedarf es der raschen Formierung einer Weltgesellschaft, in der auf der Grundlage der Vereinten Nationen die Ansätze zu handlungsfähigen Weltinstitutionen weiterentwickelt werden.

Zweitens: Die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union und der Wandlungsprozeß in der Sowjetunion und in Ländern des Warschauer Paktes lassen eine Friedensordnung für das gemeinsame europäische Haus näherrücken. Eine solche Ordnung kann die Rolle Europas in der Welt stärken und auf längere Sicht die Blöcke entbehrlich machen und die deutsche Frage in konstruktiver Weise beantworten. Insoweit muß ihr friedensvertragliche Qualität innewohnen.

Im Zuge des Übergangs zur Europäischen Union muß die Politik im übrigen die Gestaltungsmöglichkeiten zurückerlangen, die ihr auf nationaler Ebene verloren gegangen sind.

Drittens: Der ökonomische und der technologische Prozeß leben - ebenso wie der geistig-kulturelle Prozeß - von der Vielzahl individueller Initiativen und Innovationen, die sich in Wettbewerb und Pluralismus frei entfalten. Der ökonomische und der technologische Prozeß können jedoch nicht allein dem Selbstlauf und den Marktkräften überlassen bleiben. Sie bedürfen vielmehr unter sozialen und ökologischen Kriterien der gesellschaftlichen Kontrolle und Einflußnahme, damit anstelle einer materiellen Maximierung ihrer Ergebnisse deren humane Optimierung erreicht wird. Das gilt insbesondere auch für die Gestaltung der technischen Entwicklung, die beispiellosen Chancen, aber auch große Risiken in sich birgt.

Wichtige Elemente sind damit

- eine durchgreifende Demokratisierung unserer Gesellschaft und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Sagen (Mitbestimmung) und am Haben (Beteiligung am Produktivvermögen),
- die Ingangsetzung breiter bewußtseinsbildender Bürgerdialoge, die wesentlichen Entscheidungen vorausgehen,
- die Einfügung plebiszitärer Elemente in unsere Verfassungsordnung,
- die staatliche Rahmensetzung, die Koordinierung des wirtschaftsbezogenen Handelns des Staates und der Kommunen unter Einsatz indirekter Steuerungsmittel, die beispielsweise über den Preis wirken,
- außerdem wo nötig auch Gebote und Verbote.

Viertens: Die Wirtschaft bedarf der ökologischen Erneuerung und zu diesem Zweck einer Verzahnung von Ökonomie und Ökologie. Soziale und ökologische Kosten, die die Allgemeinheit belasten, müssen soweit als möglich bereits in die autonomen Entscheidungen der einzelnen

Wirtschaftseinheiten und damit in die Unternehmensrechnungen einbezogen werden. Vollbeschäftigung muß auch durch fortschreitende Arbeitszeitverkürzung erreicht werden. Ziel ist innerhalb des Programmzeitraumes die 30-Stunden-Woche und der 6-Stunden-Tag.

Fünftens: Die Erwerbsarbeit und ihre Humanisierung behält für den Einzelnen und die Gesellschaft auch in Zukunft zentrale Bedeutung. Deshalb muß jedem die Möglichkeit zu sinnvoller Arbeit gegeben werden. Dabei muß die Erwerbsarbeit ebenso wie die Familienarbeit und die sonstigen Formen der Arbeit, deren Stellenwert schon wegen der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit zunimmt, ohne Unterschied der Geschlechter gerecht auf alle verteilt werden. Unter dem Gesichtspunkt der Arbeitszeitsouveränität muß der Einzelne stärker als bisher über die Dauer und die Einfügung seiner persönlichen Arbeitszeit in den Lebens-, Jahres- und Wochenablauf bestimmen können.

Sechstens: Auch im Zeitalter zunehmender Individualisierung der Lebensplanung und der Lebensgestaltung sind die großen Systeme der sozialen Sicherung unentbehrlich. Sie müssen reformiert, mehr als bisher auf Vorsorge orientiert, durch eine einkommensabhängige soziale Grundsicherung ergänzt und für Selbsthilfeaktivitäten geöffnet werden. Starke Gewerkschaften sind gerade auch in dieser Phase unentbehrlich.

Siebtens: Trotz genereller Wohlstandssteigerung und eines höheren und verbreiterten Bildungsniveaus sind in unserer Gesellschaft Lebenschancen und Einflußmöglichkeiten noch immer ungerecht verteilt. Denn das gilt insbesondere auch im Verhältnis der Geschlechter zueinander. Wir wollen diesen Zustand durch die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen überwinden, und zwar auf allen Lebensgebieten. Wir sehen darin eine zentrale Aufgabe.

Achtens: Der Wandel der Gesellschaft spiegelt sich im Wandel der Lebens- und Beziehungsformen. Familien, das heißt, familiäre Lebensgemeinschaften mit Kindern, haben Anspruch auf Schutz und Förderung. Die Spaltung zwischen beruflich-gesellschaftlichem Leben und privatem Familienbereich überfordert die Familie. Wir brauchen auch in der Arbeitswelt Rahmenbedingungen für Familien, in denen Frauen und Männer partnerschaftlich füreinander und für ihre Kinder Verantwortung übernehmen und gleichermaßen zu Lebensunterhalt, Erziehung und Hausarbeit beitragen können.

Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Neuntens: Wir erstreben eine neue Kultur des Zusammenlebens und Zusammenswirkens, aber auch des Umgangs mit der Natur. Diese Kultur muß sich in der solidarischen Zuwendung zu den Schwächeren im Verzicht auf Feindbilder und auch darin erweisen, daß die Gesellschaft und der Einzelne nicht alles tun, wozu sie jeweils imstande sind, sondern auf Mögliches bewußt zu verzichten, um Schäden von der Gemeinschaft und sich selbst abzuwenden. Sie beruht auf einem Verständnis vom Menschen, in dessen Mitte die Überzeugung steht, daß alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind.

Zehntens: Wir erfüllen den Begriff der Zukunft mit konkreten zustimmungsfähigen Inhalten und zeigen, daß ein humaner Fortschritt möglich ist, der die Zukunft nicht als Resultat blinder und unbeeinflubarer Mechanismen, sondern als das Ergebnis einer gemeinsamen Gestaltung versteht, die sich an Grundwerten orientiert und ihrer Verantwortung auch gegenüber den kommenden Generationen bewußt ist.

In diesem Sinne ist und bleibt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Grundwerte-orientierte Reformpartei unseres Landes. Sie ist zugleich unter den Parteien der Bundesrepublik die erste, die es unternimmt, auf die Herausforderungen unserer Zeit eine umfassende Antwort zu geben.